Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2246

30. 10. 78

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Eyrich, Spranger, Dr. Marx, Dr. Langguth, Dr. Miltner, Erhard (Bad Schwalbach), Dr. Jentsch (Wiesbaden), Krey, Volmer, Gerlach (Obernau), Graf Huyn, Broll, Wohlrabe, Röhner und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/2038 –

Westarbeit der SED

Der Bundesminister des Innern – I S 2 – 617 121//1 – hat mit Schreiben vom 30. Oktober 1978 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

I. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegen die Bundesrepublik Deutschland – trotz des Grundlagenvertrages und der vertraglich zugesagten sog. „Politik der guten Nachbarschaft" – gerichteten Aktivitäten der DDR, insbesondere durch Führung und Unterstützung der DKP, durch Steuerung politischer Tarnorganisationen, durch vielfältige Formen der Infiltration und Spionage?

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung geht von der Tatsache aus, daß einerseits das deutsche Volk in zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen lebt, andererseits aber die Bewahrung des Friedens in Europa sowie die aus der Teilung Deutschlands für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland entstandenen Probleme eine Fortentwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten mit dem Ziel einer weiteren Entspannung und Normalisierung erforderlich machen.

In der DDR haben die Parteiführung der SED und ihre Institutionen systembedingt unserem Staatsverständnis nicht entsprechende umfassende innen- und außenpolitische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Funktionen. Die Verträge mit der DDR sind unter Berücksichtigung der prinzipiellen Unterschiede zwischen beiden Staaten geschlossen worden, wie der Präambel des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972 zu entnehmen ist.

Im Interesse der Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit ist nach Ansicht der Bundesregierung auch die Anknüpfung und Pflege von Kontakten auf den verschiedensten Ebenen mit Organisationen und Institutionen in der DDR erforderlich. Die Bundesregierung begrüßt daher grundsätzlich alle Bemühungen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten zu fördern und mehr Möglichkeiten zu Kontakten zu eröffnen.

Bei der Bewertung der Kontakte, die den Gegenstand einiger Einzelfragen der Kleinen Anfrage bilden, sollte nicht übersehen werden, daß nach dem Staatsaufbau der DDR die SED und ihre Institutionen die Aufgabe und die Möglichkeit haben, für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bedeutsame Entscheidungen zu beeinflussen. Eine Einzelbewertung der Kontakte, die mit Organisationen in der DDR unsererseits frei von staatlicher Einflußnahme vereinbart werden, hält die Bundesregierung nicht für ihre Aufgabe. Der Auftrag zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beinhaltet nicht die Reglementierung derartiger Kontakte. Dies schließt nicht aus, daß die Bundesregierung in vielen Fällen die Betreffenden über Erkenntnisse informiert, die bei der Unterhaltung von Kontakten mit Organisationen in der DDR von Bedeutung sind. Eine generelle Verdächtigung politischer und fachlicher Diskussionen mit Vertretern der DDR wäre nicht nur ungerechtfertigt, sondern würde der angestrebten weiteren Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten Schaden zufügen.

Von den genannten Kontakten sind zu unterscheiden die enge Zusammenarbeit zwischen SED und DKP und die Kontakte zwischen den Nebenorganisationen der DKP sowie der von ihr beeinflußten Organisationen mit verschiedenen Institutionen und Organisationen in der DDR. Hier ist Aufmerksamkeit auch unter dem Gesichtspunkt des Schutzes unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung geboten. Der Bundesregierung ist bewußt, daß die SED nicht nachläßt, die politische Entwicklung in unserem Lande in ihrem Sinne zu beeinflussen und sich dabei insbesondere auf die DKP und ihre Nebenorganisationen stützt. Die Bundesregierung hat die Öffentlichkeit regelmäßig – insbesondere in den jährlichen Verfassungsschutzberichten – über diese Bestrebungen informiert, gleichzeitig aber auch ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß hiervon gegenwärtig eine ernsthafte Gefahr für den Bestand unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht ausgeht. Diese Beurteilung wird vor allem auch durch die Ergebnisse der Wahlen in Bund und Ländern, bei denen kommunistische Gruppen nie nennenswerte Erfolge erzielen konnten, bestätigt. Die Bundesregierung vertraut auch weiterhin auf die kritische Urteilsfähigkeit unserer Bevölkerung, propagandistische Klischees von DKP und SED an der Wirklichkeit zu messen.

II. 1. Trifft es zu, daß das Ost-Berliner „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft" engstens mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR zusammenarbeitet und vom ZK der SED maßgeblich gesteuert wird? Welche Aktivitäten entwickelt dieses Institut zur Unterstützung der Westarbeit der SED in der Bundesrepublik Deutschland?

Beim „Institut für internationale Politik und Wirtschaft" (IPW) handelt es sich um eine Einrichtung, die dem Ministerrat der DDR unterstellt ist. Die Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen und Parteiorganisationen ist nach den üblichen Strukturen des politischen Systems der DDR geregelt.

Das IPW hat die Aufgabe, für die DDR-Staatsführung, das Politbüro, die „Westabteilung" und andere Abteilungen des Zentralkomitees (ZK) der SED, die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im „kapitalistischen Ausland", insbesondere aber in der Bundesrepublik Deutschland, zu beobachten und zu analysieren.

Das Institut dient auch ideologisch-propagandistischen Zwekken. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Informationen und Kontakte des Instituts auch für seine Zwecke nutzt.

II. 2. In welchem Umfang wurden im Jahre 1977 „wissenschaftliche" Gespräche des „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft" mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt, und um welchen Personenkreis handelte es sich hierbei?

Es gab auch im Jahre 1977 eine Reihe von wissenschaftlichen Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR mit Vertretern des IPW – vorwiegend Historikern und Politikwissenschaftlern. Gesprächspartner aus der Bundesrepublik Deutschland waren vornehmlich Wissenschaftler, die in der „Ost- und DDR-Forschung" tätig sind.

II. 3. Welche gezielten, über die Herausgabe des Verfassungsschutzberichtes hinausgehenden Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um vor allem Wissenschaftler über Aufgabe und Zielsetzung des „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft" der DDR aufzuklären und ihnen die wirklichen Ziele etwaiger Gesprächspartner aus diesem Institut zu verdeutlichen?

Wissenschaftler und auch andere Personen, die in Kontakt mit Vertretern des IPW stehen, sind im notwendigen Umfang über Erkenntnisse der Bundesregierung informiert worden. Über diese Unterrichtung im Einzelfall hinaus, hat der BMI wiederholt mit Rundschreiben alle der Bundesregierung bekannten, in der DDR-Forschung tätigen Einrichtungen, die vorrangig als Gesprächspartner des IPW in Betracht kommen, auf die in den Verfassungsschutzberichten 1975 und 1976 niedergelegte Einschätzung der Tätigkeit des IPW hingewiesen.

III. 1. Wie entwickelte sich die Reisetätigkeit von Vertretern kommunistischer und kommunistisch beeinflußter Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR seit 1975, und welche Organisationen traten hierbei besonders hervor?

Die Zahl der von orthodox-kommunistischen und kommunistisch beeinflußten Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR entsandten Studiendelegationen ist seit 1975 ständig gestiegen. Zugenommen hat auch die Zahl von Mitgliedern der genannten Organisationen, die die DDR aufsuchten, um sich als Pioniergruppenleiter und Kinderbetreuer schulen zu lassen. Bei dieser Reisetätigkeit treten besonders die DKP, ihre Nebenorganisationen [z. B. „Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)] sowie kommunistisch beeinflußte Organisationen hervor. Mitglieder der DKP und ihre Nebenorganisationen nehmen an mehrmonatigen Lehrgängen an der SED-Parteischule „Franz Mehring" und der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck" des Zentralrates der FDJ sowie an kurzfristigen Funktionärsschulungen teil.

III. 2. Welche politischen und gesellschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik Deutschland haben insbesondere seit 1972 Freundschaftsverträge oder sonstige Abmachungen über eine regelmäßige Zusammenarbeit mit Organisationen der DDR – so z. B. mit der FDJ – abgeschlossen?

Die Führungen von DKP und SED treffen alljährlich Vereinbarungen über die Zusammenarbeit ihrer Parteien, die durch entsprechende Absprachen auf der Bezirksebene ergänzt werden.

Ende 1973 unterzeichneten die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ), der „Marxistische Studentenbund Spartakus" (MSB) und der „Sozialistische Hochschulbund" (SHB) „Freundschaftsverträge" mit der „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) der DDR. Davor existierten bereits Vereinbarungen zwischen der FDJ und zumindest der SDAJ und dem MSB. Die genannten Freundschaftsverträge wurden in den folgenden Jahren erneuert. Anfang 1975 unterzeichneten die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation" einen „ Freundschaftsvertrag" mit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann" in der DDR. Auch dieser Vertrag wurde erneuert. „Freundschaftsverträge" sind ferner zwischen der FDJ und der „Freien Deutschen Jugend-West-Berlins" (FDJW) geschlossen worden.

Hiervon zu unterscheiden sind Vereinbarungen über Kontakte zwischen demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland mit Organisationen in der DDR, wie z. B. der FDJ. Hierzu wird auf die Ausführungen zur Frage I Bezug genommen.

III. 3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung in Bezug auf Infiltrationsbemühungen der DDR im gewerkschaftlichen Bereich?

Für die Bemühungen, Einfluß auf den „Deutschen Gewerkschaftsbund" (DGB) und seine Einzelgewerkschaften zu gewinnen, waren zunächst die „Westabteilung" beim Bundesvorstand des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" (FDGB) und die Westkommissionen bei den nachgeordneten FDGB-Gliederungen zuständig. Mit der 1970 eingeleiteten Umstellung der „Westarbeit" wurde diese Aufgabe weitgehend der DKP übertragen.

Im Auftrag der DKP verstärkt die SDAJ ihre Bemühungen, Einfluß auf die Gewerkschaftsjugend zu gewinnen. Der DKP blieb jedoch ein nennenswerter Erfolg, d. h. die Übernahme wichtiger Gewerkschaftsfunktionen, versagt.

Mit den erwähnten Bemühungen um eine kommunistische Beeinflussung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften haben die Gespräche zwischen den Vorständen des FDGB und des DGB sowie der Einzelgewerkschaften nichts zu tun. Diese Gespräche werden aus den in der Beantwortung der Frage I genannten Gründen begrüßt.

III. 4. Wie gestalteten sich seit 1977 insbesondere die im Verfassungsschutzbericht 1976 erwähnten Beziehungen der Deutschen Jungdemokraten zur FDJ, z. B. auch hinsichtlich der Teilnahme von „Jungdemokraten"-Funktionären an Veranstaltungen in der DDR?

Die Presse hat über verschiedene Kontakte der DJD zur FDJ berichtet, z. B. über die Teilnahme einer DJD-Delegation am Sommerlager der FDJ im August 1977 in Potsdam sowie in neuerer Zeit über die Teilnahme einer FDJ-Delegation an der Bundesdelegiertenkonferenz der DJD im Februar 1978 in Braunschweig, den Besuch einer Delegation der FDJ beim Bundesvorstand der DJD im April 1978 eine Begegnung der FDJ und der DJD anläßlich der XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vom 28. Juli bis 5. August 1978 in Kuba sowie den Besuch des Bundesvorsitzenden der DJD und seines Stellvertreters beim Zentralrat der FDJ am 12./13. September 1978.

Zur Bewertung dieser Kontakte wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Frage I Bezug genommen.

III. 5. Wie haben sich die ebenfalls im Verfassungsschutzbericht 1976 erwähnten Kontakte der Naturfreunde Jugend Deutschlands (NFJD) zur FDJ weiter entwickelt?

Pressemeldungen aus der DDR konnten z. B. folgende Kontakte entnommen werden:

Im März 1977 besuchte eine Delegation des Zentralrats der FDJ die Bundesjugendleitung der NFJD.

Im August 1977 nahm eine Delegation der NFJD am Sommerlager der FDJ in Potsdam teil.

Ende Juli/Anfang August 1978 fand eine Begegnung zwischen den Delegationen der FDJ und der NFJD bei den Weltjugendfestspielen in Kuba statt.

Zur Bewertung dieser Kontakte wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Frage I Bezug genommen.

III. 6. Sieht die Bundesregierung überzeugende Gründe, die Richtigkeit der öffentlichen Erklärung des ehemaligen Mitarbeiters der FDJ-Abteilung „Westarbeit", Norbert Stein, anzuzweifeln, großen Einfluß habe die FDJ vor allen Dingen auf die Jungdemokraten und die Naturfreunde? Was hält die Bundesregierung davon ab, ihre weitergehenden Kenntnisse über diesen Einfluß öffentlich zu machen und damit die genannten Gruppen vor die Herausforderung zu stellen, ihr Verhältnis zu Kommunisten selbstkritisch zu überprüfen und demokratischer Diskussion auszusetzen?

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, die hier in Frage stehende öffentliche Erklärung überzubewerten, vielmehr ist darauf hinzuweisen, daß die DDR traditionell dazu neigt, Kontakte mit demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland in der Verfolgung ihrer propagandistischen und agitatorischen Interessen stärker als durch die Wirklichkeit belegt werden kann in ihrer Bedeutung herauszustellen, um so wenigstens den Anschein einer vielfältigen Unterstützung ihrer Ziele durch diese demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland zu erwecken und die tatsächliche Beschränkung dieser Unterstützung auf die sogenannten „Bruderorganisationen" (worunter die DKP und ihre Nebenorganisationen zu verstehen sind) zu kaschieren. Überdies fordert die laufende öffentliche Diskussion solcher Kontakte und ihrer Ergebnisse die betroffenen Organisationen in hinreichendem Umfange dazu heraus, ihre Bedeutung und Wirkung richtig einzuschätzen als daß es der zusätzlichen Veröffentlichung von – in der Frage unterstellten – weitergehenden Kenntnissen der Bundesregierung bedürfte. Auf die Ausführungen zu Frage I wird Bezug genommen.

III. 7. Hat die Bundesregierung das zum Teil einseitig östlichen Zielen und Sprachregelungen folgende Kommuniqué des Zentralrats der FDJ und des Deutschen Bundesjugendrings, in dem

— die „gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen" ohne den entscheidenden Zusatz „ausgewogene" gefordert wird,
— zwar der Faschismus, aber nicht der Totalitarismus anderer Prägungen verurteilt wird,
— bei der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen jeder auch nur angedeutete Hinweis auf sozialistische Länder weggelassen wurde und
— dem von einer Frontorganisation des Weltkommunismus veranstalteten sogenannten „Weltjugendfestival" ausdrücklich Unterstützung zugesagt wird,

zum Anlaß aufklärender Gespräche mit Vertretern des DBJR genommen? Hat insbesondere die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit den Empfang der Vertreter der DBJR und des Ersten Sekretärs der FDJ am

27. Januar dazu genutzt, auf die eindeutige Haltung aller verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte gegenüber solchen Einseitigkeiten hinzuweisen?

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es nicht die Aufgabe staatlicher Jugendpolitik, in die Autonomie der Jugendverbände einzugreifen und deren Äußerungen einer – wenn auch nachträglichen – Zensur zu unterwerfen. Ihr ist das hohe politische Problembewußtsein der gewählten Vertreter der demokratischen Jugendverbände bekannt. „Aufklärende Gespräche" sind daher entbehrlich, zumal die Bundesregierung in einem ständigen partnerschaftlichen Dialog mit den Jugendverbänden steht. Die Bundesregierung begrüßt die Kontakte zwischen der freien deutschen Jugend und dem Deutschen Bundesjugendring. Für sie ist es selbstverständlich, daß derartige Kommuniqués politisch und ideologisch weit voneinander entfernter Organisationen Kompromisse darstellen.

Im übrigen hat der Hauptausschuß des Deutschen Bundesjugendringes, in dem alle Mitgliedsverbände vertreten sind, das Kommuniqué ohne Gegenstimme gebilligt.

Die Fragesteller können weiter davon ausgehen, daß Frau Bundesminister Huber beim Empfang der Vertreter des Deutschen Bundesjugendringes und des Ersten Sekretärs der FDJ am 27. Januar 1978 die Haltung der Bundesregierung verdeutlicht hat.

IV. 1. Welche Informationen gibt es über die von dem Funktionär Herbert Häber geleitete Westabteilung des Zentralkomitees der SED? Wie viele Mitarbeiter mit welchen Funktionen gehören dieser „Westabteilung" an? Was kann die Bundesregierung über deren gegen das freiheitliche Deutschland gerichtete Arbeit mitteilen?

IV. 2. Trifft es zu, daß die SED vor allem über die Westabteilung ihres Zentralkomitees die DKP nicht nur „ideell" und politisch-ideologisch, sondern auch materiell kräftig unterstützt und operativ anleitet?

Die Fragen IV. 1. und IV. 2. werden wegen ihres inhaltlichen Zusammenhangs wie folgt zusammen beantwortet:

Die Unterstützung und Anleitung kommunistischer Organisationen im Bundesgebiet und Berlin (West) ist in den jährlichen Verfassungsschutzberichten, zuletzt in dem Bericht für 1977, dargelegt worden.

Die „Westabteilung" beim ZK der SED konzipiert und kontrolliert die „Westarbeit" der SED gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und die Zusammenarbeit mit DKP und SEW. Das politische Gewicht, das diese Abteilung des ZK der SED für Verhandlungen und Verträge mit der DDR sowie für die Bemühungen der Bundesregierung um weitere menschliche Erleichterungen besitzt, darf nicht übersehen werden. Die Bundesregierung hält es für nicht angebracht, sich über Einzelheiten des Aufbaus und der Arbeit der „Westabteilung" zu äußern.

IV. 3. Trifft es zu, daß der DKP-Vorsitzende und zahlreiche Spitzenfunktionäre der DKP sich regelmäßig beim Generalsekretär der SED und führenden, für die Westarbeit zuständigen Mitarbeitern des SED-Zentralkomitees aufhalten und von solchen Mitarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland aufgesucht werden?

Die unverändert enge Zusammenarbeit der SED mit ihrer „Bruderpartei" DKP äußert sich auch darin, daß häufig Gespräche zwischen Funktionären beider Parteien in Berlin (Ost) und der DDR stattfinden. Dabei sind Treffen von „Spitzenfunktionären", d. h. Mitgliedern der vom ZK der SED und der vom Parteivorstand der DKP gewählten Gremien, seltener als Besprechungen von Funktionären der Arbeitsebene. Solche Anleitungs- und „Arbeitsgespräche" zwischen SED- und DKP-Funktionären finden auch – allerdings seltener – im Bundesgebiet statt.

IV. 4. Trifft es zu, daß solche „Arbeitsbesprechungen" von Spitzenfunktionären der DKP-Nebenorganisationen mit den Führungsgremien entsprechender DDR-Organisationen wie der FDJ ebenfalls regelmäßig stattfinden?

Besprechungen von Funktionären der DKP-Nebenorganisationen mit Funktionären entsprechender DDR-Organisationen finden ebenfalls statt. Allerdings ist der Umfang und die Intensität der Beziehungen zwischen den kommunistischen Nebenorganisationen beider Staaten nicht so groß wie zwischen DKP und SED.

IV. 5. Wie beurteilt die Bundesregierung solche „Arbeitsbesprechungen" unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der gegen unsere freiheitlich-demokratische Ordnung gerichteten Subversionspolitik der SED?

Die Bundesregierung beobachtet – wie sie immer wieder erklärt hat – die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen sehr sorgfältig. Sie ist jedoch der Überzeugung, daß hiervon keine akute ernsthafte Gefahr für den Bestand unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgeht.

IV. 6. In welchem Umfang werden durch die Westabteilung der SED die politischen Kontakte der DDR auch zu demokratischen Institutionen und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland koordiniert?

Die „Westabteilung" beim ZK der SED, die die „Westarbeit" der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen der DDR konzipiert und kontrolliert, koordiniert auch die im Rahmen dieser „Westarbeit" bestehenden oder angestrebten Kontakte zu demokratischen Institutionen und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

V. 1. Kann die Bundesregierung, unter Beachtung des notwendigen Schutzes der Nachrichtengewinnung, Angaben darüber machen, ob und inwieweit die DKP über Finanzierungsmöglichkeiten wie Handelsunternehmen, Druckereien, Verlage und das Messe-Magazin „International" mittelbar Geldmittel von der SED erhält?

Im Bundesgebiet und Berlin (West) bestehen etwa 25 Wirtschaftsunternehmen, die im Auftrag und mit Finanzmitteln der DDR gegründet oder erworbenen, vom Wirtschaftsapparat des ZK der SED kontrolliert werden, bei den Gesellschaftern, Geschäftsführern und Prokuristen handelt es sich meist um zuverlässige Kommunisten.

Diese Wirtschaftsunternehmen arbeiten als Handelsfirmen verschiedener Branchen, Speditionen, Reisebüros und Druckereien, sind überwiegend im West-Ost-Handel tätig und haben den Auftrag, Geschäfte mit größtmöglichem Nutzen für die DDR zu tätigen. Sie tragen u. a. direkt zur Finanzierung der DKP dadurch bei, daß sie in ihrem oder den Namen von Anteilseignern oder Geschäftsführern der DKP Geld- oder Sachspenden übermitteln.

Mit einem Bericht im Informationsdienst des BMI „Innere Sicherheit" Nr. 41 vom Dezember 1977 wurde die Öffentlichkeit ausführlich informiert.

V. 2. In welcher Höhe fallen solche Geldmittel jährlich ungefähr an?

Die Bundesregierung sieht sich nicht in der Lage, Angaben über Höhe und Häufigkeit der der DKP aus dem Bereich der kommunistischen Wirtschaftsunternehmen zufließenden Finanzmittel zu machen. In Einzelfällen hat jedoch die DKP Spenden von Anteilseignern und Geschäftsführern sowie den Wirtschaftsunternehmen selbst in Höhe bis 20 000 DM bekanntgegeben.

V. 3. Ist gewährleistet, daß außerordentlich hohe Geldspenden an die DKP, wie sie z. B. die DKP-Tageszeitung „UZ" vom 25. April 1978 zum Spender „Ludwig Becker, Trosendorf: 165 000 DM" ausweist, steuer- und finanzrechtlich, aber auch daraufhin überprüft werden, ob sie tatsächlich von den von der DKP genannten Personen stammen, und unter welchen Umständen sie gegeben wurden?

Die DKP hat wiederholt in ihren Rechenschaftsberichten (gem. §§ 23, 25 Parteiengesetz) und in ihrem Zentralorgan „Unsere Zeit" (UZ) hohe Geldspenden – z. T. Erbschaften – mit den Namen der Spender bekanntgegeben.

Die Frage, ob Spenden tatsächlich von den von der Partei genannten Personen stammen, prüft die Finanzverwaltung, wenn dies für die Besteuerung erheblich ist.

V. 4. Trifft es zu, daß die Werber für Messekataloge der „UZ", z. B. im Zusammenhang mit der Leipziger Messe, die Schaltung von Werbungen zu DM-Preisen mit Spendenaufforderungen verbinden und geschäftliche Abschlüsse von der Bereitschaft zur Inserierung und Spendengaben verbinden? Ist es richtig, daß Vertreter von Außenwirtschaftsorganisationen der DDR offen bekennen, erst dann Abschlüsse mit Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland zu tätigen, wenn diese für den weiteren Aufbau des Kommunismus durch Spenden und Inserierungen in DDR-Organen sich bekannt haben?

Es ist der Bundesregierung nicht bekannt, daß Inserentenwerbung für die Messemagazine mit der Aufforderung verbunden worden ist, für kommunistische Einrichtungen zu spenden. Andererseits kann davon ausgegangen werden, daß zumindest ein Teil der Erlöse aus dem Anzeigengeschäft (Preis für eine Anzeigenseite im Vierfarbendruck der Leipziger Messe etwa 30 000 DM ohne Mengenrabatt) indirekt der DKP zufließt.

Die Bundesregierung hat keine Informationen darüber, daß Geschäftsabschlüsse zwischen Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland und den staatlichen Im- und Exportgesellschaften der DDR erst dann zustandekommen, wenn die westdeutschen Firmen Spenden für den „Aufbau des Kommunismus" entrichtet oder sich dazu durch Inserate in DDR-Organen bekannt haben.

V. 5. Gibt es Erkenntnisse darüber, daß die DKP und ihre Hilfsorganisationen über die jährlichen direkten Geldzuwendungen aus Ost-Berlin in Höhe von ca. 30 Mio DM und über die jährlichen indirekten Subventionen wie z. B. durch Schulung von Kadern in der DDR noch weitere finanzielle Beiträge von der SED bzw. DDR-Organen für die Durchführung von Sonderaktionen erhalten? Wenn ja, wie hoch sind die Zuwendungen, und für welche Zwecke werden sie gegeben?

V. 6. Trifft es zu, daß die SED im Rahmen des gegen die Bundesrepublik Deutschland geführten sogenannten antiimperialistischen Kampfes die DKP und deren Hilfsorganisationen in zahlreichen Aktionen und Kampagnen anleiten und aktiv unterstützen?

Die Fragen V. 5. und V. 6. werden wegen ihres inhaltlichen Zusammenhangs zusammen wie folgt beantwortet:

Wie u. a. bereits im Verfassungsschutzbericht 1977 mitgeteilt, liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß die DKP 1977 für die Finanzierung ihrer Parteiarbeit, für ihre Nebenorganisationen (MSB Spartakus, SDAJ, Junge Pioniere) und für die von ihr geförderten Verlage, Publikationen usw. Zuschüsse von mehr als 50 Mio DM aus der DDR erhalten hat.

Auch die an der eigens für die DKP und ihre Nebenorganisationen eingerichteten „SED-Parteischule Franz Mehring" in Berlin (Ost) für etwa 240 Funktionäre der DKP und SDAJ durchgeführten, mehrere Wochen oder Monate dauernden Lehrgänge und die Versorgung mit Agitationsmaterial in Form von Dia-Ton-Serien, Broschüren und Plakaten, sind Beispiele materieller Unterstützung und politisch-ideologischer Anleitung.

V. 7. Zählen zu diesen Aktionen auch Kampagnen wie diejenigen
— gegen die Einführung der Neutronenwaffe,
— gegen die Bundeswehr und das atlantische Bündnis,
— gegen die „neofaschistische Gefahr" in der Bundesrepublik Deutschland,
— für das Russelltribunal,
— gegen führende Persönlichkeiten der CDU/CSU?

Der Bundesregierung ist nicht im einzelnen bekannt, inwieweit die SED auf einzelne Kampagnen der DKP Einfluß nimmt. Es ist allerdings davon auszugehen, daß sich die bekannte Zusammenarbeit von SED und DKP auch auf Kampagnen der genannten Art erstreckt. In Übereinstimmung mit der SED haben jedoch die DKP und ihre Nebenorganisationen das „III. Internationale Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD" nicht unterstützt und es ihren Mitgliedern untersagt, sich am Tribunal zu beteiligen.

V. 8. Wieweit wurden diese Aktionen finanziell und organisatorisch und durch gezielte und gesteuerte Kampagnen in deutschen und internationalen Massenmedien oder durch Entsendung von Propagandisten unterstützt?

Soweit kommunistisch initiierte Kampagnen internationalen Charakter haben, werden sie von den nationalen kommunistischen Parteien und ihren Nebenorganisationen sowie den von ihnen beeinflußten Vereinigungen getragen; koordiniert werden sie durch Absprachen zwischen den einzelnen Parteien und über die kommunistisch gelenkten internationalen „Frontorganisationen". Bei der Unterordnung der DKP unter die SED ist davon auszugehen, daß die Beteiligung der DKP an solchen Kampagnen sorgfältig mit der SED abgestimmt wird; eine Entsendung von Propagandisten erfolgt in der Regel nicht. Internationale kommunistische Kampagnen greifen entweder ein Problem auf, das mehrere Staaten unmittelbar berührt (z. B. Abrüstung, Lagerung von Neutronenwaffen), oder stellen die „Solidarität" mit Kommunisten und „fortschrittlichen Kräften" eines Landes in den Mittelpunkt (z. B. „Freiheit für CORVALAN", gegen angebliche „Berufsverbote" in der Bundesrepublik Deutschland). Es kann davon ausgegangen werden, daß die Kommunisten bei ihren Kampagnen jede Möglichkeit der Einflußnahme auf Massenmedien zu nutzen versuchen.

V. 9. Gibt es Anhaltspunkte dafür, daß auch rechtsradikale Organisationen von der SED unterwandert und bestimmte Aktivitäten solcher Gruppen durch die Westabteilung der SED angeleitet und gefördert werden?

Aus den letzten Jahren liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß die SED und die DKP rechtsextremistische Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland „unterwandern" oder daß Aktivitäten solcher Gruppen durch die „Westabteilung" beim ZK der SED gesteuert werden.

V. 10. Trifft es zu, daß die zum Bereich der DKP gehörende Organisation der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB) vielfach als Forum für SED-Propagandisten dient? Ist nach Kenntnis der Bundesregierung sichergestellt, daß diese Tätigkeit der MAB in der Bundesrepublik Deutschland weder unmittelbar, noch mittelbar, insbesondere nicht durch Einbeziehung in die Tätigkeit von Volkshochschulen oder durch Bereitstellung von Räumen der öffentlichen Hand, öffentliche Unterstützung erfährt? Wenn nein, was ist die Bundesregierung gemeinsam mit Ländern und Kommunen zu tun bereit, um solche Unterstützung auszuschließen?

Die „Marxistische Arbeiterbildung-Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (MAB) ist eine Nebenorganisation der DKP. Als Dachorganisation von etwa 90 z. Z. im Bundesgebiet bestehenden örtlich tätigen Bildungsgemeinschaften will die MAB „sozialistische Ideen" vermitteln, um an die marxistische d. h. kommunistische Arbeiterbewegung, heranzuführen.

Bei den Vortragsveranstaltungen der MAB-Gemeinschaften treten häufig Referenten aus der DDR auf, die meist als Vertreter der „URANIA-Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse" der DDR einreisen.

Solche Vortragsveranstaltungen finden bisweilen auch in Räumen öffentlicher Gebäude (Schulen, städtische Zentren) statt. Die Verfügungsberechtigten haben in der Regel schon rechtlich keine Möglichkeit, ihre Räume für derartige Veranstaltungen zu verweigern. Von einer Unterstützung derartiger Propaganda-Veranstaltungen der DKP oder SED durch Körperschaften des öffentlichen Rechts oder mit öffentlichen Haushaltsmitteln ist der Bundesregierung nichts bekannt.

V. 11. Hat die Bundesregierung Informationen darüber, wie von den öffentlichen Rentenversicherungsträgern die Zeiten behandelt werden, in denen sich – oft für mehrere Monate – Mitglieder der DKP und ihrer Hilfsorganisationen zur Schulung in kommunistischen Einrichtungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhalten?

V. 12. Ist der Bundesregierung bekannt, ob in solchen Fällen Rentenversicherungsbeiträge weiter entrichtet werden?

Die Fragen V. 11. und V. 12. werden wegen ihres inhaltlichen Zusammenhangs zusammen wie folgt beantwortet:

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, ob für Zeiten der Teilnahme an Schulungsveranstaltungen der genannten Art Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet werden. Auszuschließen ist dies jedoch nicht. So sind nach geltendem Recht Pflichtbeiträge zu entrichten, wenn während der Teilnahme an der Schulungsveranstaltung das Beschäftigungsverhältnis unter Weiterzahlung des Lohnes oder Gehaltes fortbesteht. Anderenfalls können freiwillige Beiträge entrichtet werden. Sind Beiträge entrichtet, werden diese Zeiten bei der späteren Leistungsberechnung wie andere Beitragszeiten behandelt. Sind dagegen keine Beiträge entrichtet, bleiben die Zeiten der Teilnahme an den Schulungsveranstaltungen in der Rentenversicherung unberücksichtigt.

VI. 1. Ist es weiterhin Praxis der DDR, im Rahmen der kulturellen Westarbeit der SED namhafte Orchester und Künstlergruppen der DDR, die teilweise auch im Zusammenhang mit kulturellem Austausch zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR auftreten, bei Parteiveranstaltungen der DKP, also zu Propagandaveranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen?

Es reisen zum Teil namhafte Künstler und Ensembles der DDR in das Bundesgebiet und nach Berlin (West); gelegentlich auch, um auf kommunistischen Parteiveranstaltungen aufzutreten (z. B. zum „Internationalen Frauentag", „Tag des Kindes", zu Maifeiern, zu Pressefesten der UZ). Die Zahl dieser Auftritte ist insgesamt gering, lediglich um den 1. Mai gastiert eine größere Anzahl von DDR-Ensembles bei Maiveranstaltungen der DKP.

VI. 2. In welchem Umfang veranstaltete auch 1977 „INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e. V." im Zusammenhang mit der DKP „Studienreisen in die DDR", und auf welchen Personenkreis konzentrierten sich die Bemühungen dieses Zentrums? Welche Studien werden bei diesen Reisen betrieben? Werden damit auch Urlaubsaufenthalte zur politischen Schulung und zur Anleitung für infiltrierende, agitatorische und konspirative Aktivitäten verbunden?

„INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e. V." ist eine dem FDGB der DDR nachstehende Einrichtung. Sie veranstaltet für verschiedene Gruppen Studienreisen, nicht nur für DKP-nahe Grupen. Das Programm umfaßt im wesentlichen

— Vorträge und Informationsgespräche über die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie über die Gewerkschaften in der DDR;
— Besichtigungen von ausgesuchten volkseigenen Betrieben;
— Besuche von Kultur- und Erholungseinrichtungen, sowie Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten in der DDR.

Erkenntnisse zum letzten Teil der Frage liegen der Bundesregierung nicht vor.